



Opferperspektive (Hg.)

Gegen den Strom

Gespräche mit alternativen Jugendlichen in
Brandenburg

“Wir lassen uns nicht unterkriegen.
Wir stehen dazu, wie wir sind.
Es muss ja auch ein Pendant zur rechten
Szene geben. Wir sind einfach nicht so
die Naturen, die sagen, wegen der Nazis
traue ich mich mit meiner Gesinnung
oder meinem Aussehen nicht auf die
Straße. Wir müssen ja zeigen,
dass es auch anders geht.”

Inhalt

3 Vorwort

5 Der Internationale Jugendverein Guben/Gubin

10 Das Grenzenlosfestival in Lübben

15 Die Projektgruppe Schule ohne Rassismus in Lübben

19 Es geht auch anders e.V. in Finsterwalde

23 Das selbstverwaltete Jugendzentrum Horte in Strausberg

25 Gegen den Strom

Impressum

Herausgeberin

Opferperspektive e.V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: +49 331 8170000
Telefax: +49 331 8170001
Email: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Marcus Reinert, Stephan Martin, Dr. Begoña Petuya
Registergericht: Amtsgericht Potsdam, Registernummer VR 2045

Mit Unterstützung

DJB e.V.
Breitscheidstraße 45, 16321 Bernau
Email: info@djb-ev.de
Internet: www.djb-ev.de

Mitwirkende

Redaktion: Franziska Frielinghaus, Gesa Köbberling,
Jonas Frykman, Olga Schell
Lektorat: Vanessa Lux
Gestaltung: Sabine Steinhof
Förderung: Jugend für Europa

Copyright

Diese Publikation steht unter einer Creative Commons
Namensnennung 2.0 DE Lizenz:
<http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/de/>

Vorwort

In diesem Heft werden Projekte vorgestellt, in denen sich Brandenburger Jugendliche und junge Erwachsene für eine demokratische, alternative Kultur und gegen rechts engagieren. Die fünf Berichte beruhen auf Gruppen- und Einzelgesprächen, die eine Arbeitsgruppe des Demokratischen JugendFORUMs Brandenburg (DJB) und des Vereins Opferperspektive im Jahr 2006 in sechs Städten aufgezeichnet hat. Das DJB ist ein 1991 gegründetes Netzwerk lokaler Jugendprojekte, Jugendinitiativen und Vereine, die sich politisch für Selbstbestimmung, Emanzipation und gegen Rassismus und Ausgrenzung einsetzen. Die Opferperspektive besteht seit 1998 und ist eine mobile Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt, die rechte Gewalttaten auch recherchiert und veröffentlicht.

Wir treffen im Rahmen unserer Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zusammen, deren Perspektiven in den zahlreichen Publikationen zum Thema Rechtsextremismus selten aufgehoben sind und in der Öffentlichkeit meist wenig Beachtung finden. Wir führten mit ihnen Interviews, um ihre Sichtweisen als lokale Akteure und Betroffene zu dokumentieren und einem größeren Kreis zugänglich zu machen. Wir denken, dass Einfluss und Auswirkungen von rechter Gewalt und rechter Kultur auf den Alltag z.B. in der Schule und im öffentlichen Raum durch ihre Schilderungen in besonderer Weise deutlich werden.

Selbstverständlich repräsentieren diese mündlichen Berichte nicht die Brandenburger Jugend. Sie haben exemplarischen Charakter. Vielleicht machen Jugendliche in anderen Kommunen ähnliche Erfahrungen, vielleicht lassen sich große Unterschiede feststellen.

Auch stehen die folgenden Beiträge nicht für die Projekte, sondern sind individuelle Darstellungen und Beschreibungen der einzelnen GesprächspartnerInnen. Für die Veröffentlichung wurden die Gespräche bearbeitet und zusammengefasst. Es sind schriftlich bislang nicht festgehaltene Erlebnisse und Perspektiven von engagierten, linken Jugendlichen. Sie berichteten uns von ihren Erfahrungen mit Gewalt und rechten Gruppen und den Gründen ihres Engagements. Wir fragten danach, wie sie den Umgang mit Rechtsextremismus in Kommunen, Schule, durch Elternhäuser und Staatsorgane erleben. Das Spektrum ihrer Aktivitäten ist vielfältig: Schulprojekte, Jugendzentren, Musikfestivals, Demonstrationen, Kampagnen, selbstverwaltete Soziale Zentren. Entsprechend uneinheitlich sind die Erfahrungen.

Vorwort

Gemeinsam ist den Initiativen und Gruppen, dass sie das tun, was von Jugendlichen unter den Stichworten Partizipation, Engagement, Zivilcourage stets gefordert wird: Flagge zeigen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und sich in die eigenen Angelegenheiten einmischen.

Wir danken der Nationalagentur Jugend für Europa für die Unterstützung. Unser Dank gilt auch allen GesprächspartnerInnen aus den Projekten Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt Guben, Autonome Antifa Cottbus, Autonome Antifa Finsterwalde, Bad Freienwalder Alternative, Es geht auch anders e.V. Finsterwalde, Internationaler Jugendverein Guben/Gubin, Horte Strausberg, Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Projektgruppe Schule ohne Rassismus Lübben.

Im Juli 2007

Opferperspektive

Informationen

www.opferperspektive.de

"Es würde schon helfen, wenn der Bürgermeister nicht gegen uns arbeiten würde"

Der Internationale Jugendverein Guben/Gubin

In Guben, einer Kleinstadt an der deutsch-polnischen Grenze, wurde im Februar 1999 Farid Guendoul bei einer »Ausländerjagd« getötet. Der Algerier verblutete aufgrund der Schnittverletzungen, die er sich bei dem Versuch, sich durch eine Glastür in einen Hauseingang zu retten, zugezogen hatte. Elf Angeklagte wurden in einem Verfahren, das bis zum Bundesgerichtshof ging, der versuchten Körperverletzung mit Todesfolge schuldig gesprochen. Für Empörung sorgte, dass die meisten Täter mit Verwarnungen und Bewährungsstrafen davon kamen. Ein Gedenkstein, der auf Initiative der Gubener Antifa aufgestellt worden war, wurde mehrmals geschändet. Der seit 2001 amtierende Bürgermeister Hübner (FDP) sah in dem Tod Guendouls lediglich »eine Verkettung unglücklicher Umstände«. Als im Mai 2006 über mögliche »No go-areas« in Ostdeutschland diskutiert wurde, erklärte der Bürgermeister in der ARD-Sendung Christiansen kategorisch, in seiner Stadt gebe es »keine Probleme«. Knapp zwei Wochen später jagten etwa 50 Rechte eine Gruppe alternativer Jugendlicher über das Gubener Stadtfest. »Dem rechten Mainstream Paroli zu bieten« war das Ziel, das sich polnische und deutsche Jugendliche setzten, als sie einige Monate nach dem Tod Guendouls den Internationalen Jugendverein Guben/Gubin gründeten. 2001 fanden sie Vereinsräume und etablierten den Club Sanikasten als offenen Treffpunkt. 2004 wurde das Haus abgerissen, der Treffpunkt zog um. In den neuen Räumen gründete eine kleine Gruppe des Jugendvereins die Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt. Ende 2006 aber wurde das Projekt obdachlos: Die städtische Wohnungsbaugesellschaft hatte dem Jugendverein gekündigt.

Als Verein gibt es uns seit 1999. Schon damals haben wir uns wöchentlich getroffen. Wir hatten bei der PDS einen kleinen Raum. Aber wir wollten mehr machen und das ging mit dem Raum nicht. Wenn wir Veranstaltungen planten, mussten wir immer etwas Größeres anmieten. Darum haben wir ein Hausprojekt gestartet, als Begegnungsstätte für Jugendliche, die nicht in die kommerziellen Läden gehen wollen. Im Mai 2004 sind wir in dieses Haus

gezogen. Es sind hier Leute aus verschiedenen Szenen dabei, also Hip Hop, Skinheads, Punks, auch aus der autonomen Richtung. Jeder kann hier hingehen, bis auf Menschen, die rassistische Ansichten haben oder nationalistisch eingestellt sind.

Die Nazis machen regelmäßig Kontrollfahrten, um zu gucken, ob draußen welche vor dem Club sitzen. Die werden dann angepöbelt. Einmal wurden auch die Scheiben eingeworfen und Hakenkreuze gemalt, ein Meter groß, an der ganzen Hausfront. Ich wurde an dem Tag, das war ein Montag, so gegen sieben angerufen. Die Polizei war schon vor Ort gewesen und meinte, dass ich das sofort wegmachen soll, weil das verfassungsfeindlich ist. Da habe ich erst mal gefragt, wie sie sich das vorstellen. Die haben so geredet, als ob das jetzt mein Problem wäre. Einige Leute haben dann auch wirklich behauptet, wir hätten das selbst gemacht, um Aufmerksamkeit zu bekommen.

Fakt ist schon, dass ein Großteil der Bevölkerung hier, wenn sie den Club überhaupt kennen, eher eine negative Einstellung zu uns haben. Es heißt eben, dass sich hier die Kiffer treffen, einfach so als Vorurteil. Dabei haben wir ein Drogenverbot. In Guben sind 41 Prozent der Bevölkerung Rentner und wir sehen halt nicht aus wie der liebe kleine Junge von nebenan. Es gibt auch ältere Menschen, unsere direkten Anwohner zum Beispiel, die ganz toll finden, wie wir die Räume managen und die Projekte durchziehen. Aber die Leute, die generell eine Ablehnung gegen was Neues haben, gegen links, die sprechen schlecht über uns.

Dass wir die Anlaufstelle gegründet haben, entstand vor allem aus persönlichen Erfahrungen. Als ich das erste Mal angegriffen wurde, war ich 13 oder 14. Ich wollte nicht zur Polizei und wusste überhaupt nicht, wohin. Meinen Eltern habe ich es auch nicht erzählt. Ich bin dann zu meinem Kumpel. Als die Anlaufstelle¹ in Cottbus aufgehört hat, haben wir uns gesagt, dass wir hier in der Gegend wieder eine Anlaufstelle brauchen. Die jüngeren Leute wissen ja gar nicht, wohin sie sich wenden sollen, wenn etwas passiert. Dir werden überall Steine in den Weg gelegt. Es kam sogar schon vor, dass welche von der Polizei nach Hause geschickt wurden, als sie eine Anzeige machen wollten, weil sie kein Attest dabei hatten. Da denkt man dann: Vielleicht ist es nicht so schlimm, vielleicht mache ich lieber keine Anzeige. Da können wir dann eben ermutigen. Zuerst haben wir Seminare zu dem Thema mitgemacht. Dann bekamen wir eine Förderung von Aktion Mensch² und konnten das Projekt starten.

Im Juni war dann die Sache mit dem Stadtfest. Da hatte sich eine Gruppe von so etwa 20 Mann gefunden, Punks, Hip Hopper waren dabei, zumeist jüngere Leute. Die haben die Masse an Nazis gesehen, das waren an die 50, und da versucht man eben, in der Gruppe Schutz zu finden. Die Nazis waren auf der anderen Seite des Stadtfestes und haben da gesoffen.

1 Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt Cottbus

2 Aktion Mensch: Förderprogramm 5000 x Zukunft

Zwei bekannte Nazis kamen dann herüber und haben provoziert, zuerst mit Sprüchen und Herumschubsen und dann haben sie einen Jugendlichen mit dem Kopf gegen einen Verkaufswagen geschlagen. Der Security-Dienst hat dieses Mal sogar versucht zu helfen, konnte aber nichts machen, weil sie nur zu dritt waren. Wir haben die Polizei mehrmals gerufen und gesagt, dass wir nicht mehr vom Stadtfest wegkommen. Ich habe dann einen Sanitäter gebeten, auch die Polizei zu rufen. Wenn jemand direkt vom Rettungswagen anruft, dann glauben die das eher. Das ist jetzt meine persönliche Einschätzung. Es kamen immer mehr Nazis dazu, die Leute schlugen. Dann hat jeder versucht wegzurennen. Auf dem Weg wurden die Leute geschlagen. In die, die auf dem Boden lagen, haben die Nazis reingetreten.

Die Anlaufstelle hat den Vorfall in einer Pressemitteilung beschrieben. Daraufhin kam der RBB³ und hat einen Beitrag gemacht. Die Polizei reagierte, wie man das kennt in dieser Gegend. Das heißt, sie haben gesagt, das waren zwölf alkoholisierte Fußballfans, die zufällig in Guben waren. Als die Opfer am nächsten Tag Anzeige erstatteten, hieß es dann, dass das eine Schlägerei gewesen sei; also, dass beide Seiten schuld waren. Das ging soweit, dass die Opfer öffentlich kritisiert wurden, weil sie erst einen Tag später zur Polizei gingen.

Normalerweise gehe ich nicht auf Stadtfeste. An dem Tag waren wir so viele, da haben wir gedacht, wir könnten mal da rüber schlendern. Aber man kann das einfach nicht machen. Keiner hat die Nazis in ihre Schranken gewiesen. Die Polizei konnte es nicht, der Sicherheitsdienst konnte es nicht. Man war ganz alleine, auf Deutsch gesagt. Das hat viele von uns danach beschäftigt. Meine Eltern waren auch da und haben auch etwas abbekommen, also verbal. Für viele war es wie ein Schlag auf die Fresse zu sehen, dass es wirklich so schlimm ist.

Es gab dann eine Stadtverordnetenversammlung, bei der auch ein Elternteil einer Betroffenen berichtete, was passiert ist, und den Bürgermeister direkt angesprochen hat. Der war ja wenige Tage zuvor bei Sabine Christiansen und hat dort seine, wie soll man sagen, unglückliche Aussage gemacht, dass es in Guben keinen Rechtsextremismus mehr gäbe. Wenn so was wie beim Stadtfest passiert, dann habe ich immer den Eindruck, dass sie in der Stadt denken: Jetzt wird das wieder aufgebaut; und nicht: Verdammt, jetzt hat es schon wieder einen getroffen. Dass der Bürgermeister sich für uns einsetzt, das ist, glaube ich, zu viel verlangt. Mir würde es schon reichen, wenn er nicht gegen uns arbeiten würde.

Wir lassen uns nicht unterkriegen. Wir stehen dazu, wie wir sind. Es muss ja auch ein Pendant zur rechten Szene geben. Wir sind einfach nicht so die Naturen, die sagen, wegen der Nazis traue ich mich mit meiner Gesinnung oder meinem Aussehen nicht auf die Straße. Wir müssen ja zeigen, dass es auch anders geht.

“Die Nazis machen kreative Aktionen, verkleiden sich als Weihnachtsmann und verteilen Schulhof-CDs. Als das Verfahren wegen Zündel* war, haben sie sich als Häftlinge verkleidet. Als die Polizei kam und sie weggeschicken wollte, haben einige Bürger gesagt: Lasst das doch, die machen doch nur Gutes hier, die sagen nichts Falsches. Es ist schwer, dagegen anzukommen.”

* Ernst Zündel, Holocaust-Leugner, wurde im Februar 2007 zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt

“Am Badesee laufen schon mal Rechte mit dem Ghettoblaster herum, aus dem DJ Adolf* mit Sieg Heil, Sieg Heil tönt. Das stört die Leute schon, aber keiner traut sich, etwas dagegen zu machen.”

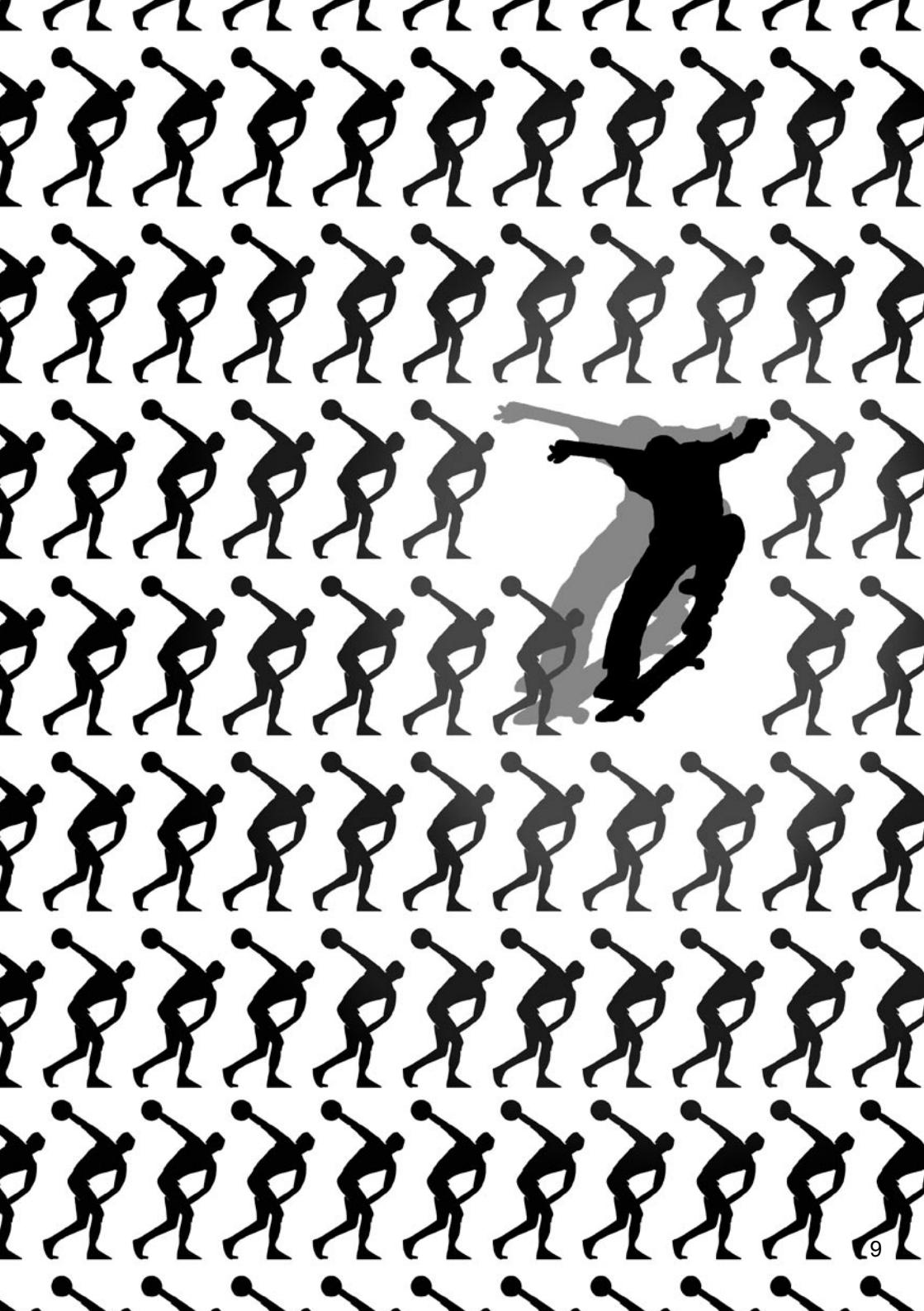
* Im Internet angebotene elektronische Musik mit Ausschnitten aus Hitler-Reden

“Die Verkäuferin sieht nicht typisch deutsch aus. Die hat eine etwas dunkle Hautfarbe und trägt so eine Art Indianerschmuck. Der Inhaber vom Laden ist auch kein Nazi, der verkauft das nur, weil das Mode ist. In dem anderen Laden wissen sie, dass Thor Steinar eine rechte Marke ist, aber es gibt auch viele Hip Hopper und Skater, die das tragen.”

“Nachdem ich von Nazis angegriffen wurde, hat mein Vater gesagt: Endlich hast du es mal gemerkt. Meine Mutter sagte: Warum machst du auch so eine Scheiße, zieh dich doch mal vernünftig an.”

“Der Vater von seinem Freund begrüßt ihn immer mit so einem komischen Handzeichen.”

Aus Gesprächen mit Jugendlichen in Lübben, Cottbus, Guben, Finsterwalde, Bad Freienwalde und Strausberg im Jahr 2006



”... dass man nicht alleine ist, wenn man anders ist“

Das Grenzenlosfestival in Lübben

Lübben, die Kreisstadt des Landkreises Dahme-Spreewald im südöstlichen Brandenburg, hat knapp 15.000 EinwohnerInnen. Die rechte Szene ist hier schon seit den 1990er Jahren stark präsent und verfügt mit dem inoffiziellen Jugendclub Bunker 88 über einen eigenen Treffpunkt. Die Ziffer 88 ist in der rechten Szene ein verbreitetes Kürzel für »Heil Hitler«. Laut Polizei treffen sich in dem Club in einer stillgelegten Brauerei regelmäßig etwa 40 ortsansässige Rechte. Mit dem Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hat sich dagegen eine aktive Bürgerinitiative entwickelt. Das Grenzenlosfestival, das jedes Jahr im August stattfindet, wird von Jugendlichen mit Unterstützung der Bürgerinitiative organisiert. Zwischen 500 bis 1.000 BesucherInnen kommen zu den Konzerten und Workshops. Seit 2005 erhält das Festival Unterstützung durch die Stadtverwaltung. Dennoch tun sich Bürgermeister Bretterbauer (CDU) und die Stadtverordnetenversammlung schwer, gegen rechts Flagge zu zeigen. Als im Dezember 2006 eine rechtsextreme Demonstration durch den Ort zog, protestierte die Stadt gegen »Extremismus« – gemeint war damit auch eine Gegendemonstration, zu der antifaschistische Gruppen aufgerufen hatten.

2000, 2001 waren die Übergriffe in Lübben so massiv, dass das Forum¹ und das MBT² eine Zukunftswerkstatt initiierten, an der interessierte Jugendliche teilnehmen konnten. Bei der Veranstaltung sind mehrere Ideen entstanden. Eine war, ein multikulturelles Festival zu veranstalten. Die anderen Projekte sind im Sande verlaufen und so hat sich alles auf das Festival konzentriert.

Wir wollten nach außen tragen, welche Probleme man als Jugendlicher zu der Zeit hatte. Das und das Multikulturelle waren unsere Ziele. Das Asylbewerberheim ist jetzt zu, deswegen ist der multikulturelle Aspekt verloren gegangen. Es ging dann stärker um Jugendkultur und darum, dass es Orte gab und immer noch gibt, an die man nicht gehen kann. Stadtfeste waren auch so ein Problem. Davon wussten die Erwachsenen nichts. Das Problem war bei den Eltern gar nicht angekommen, obwohl es für die Jugend sehr präsent war.

1 Lübbener Forum gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

2 Mobiles Beratungsteam Tolerantes Brandenburg

Das hat im ersten Jahr ziemlich heftige Diskussionen ausgelöst. In meinem Freundeskreis hatte einer eine Diskussion mit seinem Vater, nach dem Motto: Ihr seid ja selber Schuld, wenn ihr so herumrennt. – Das war schon heftig.

Unter den Jugendlichen ist das Grenzenlosfestival sehr gut angenommen worden. Man geht halt hin, weil da was los ist. Klar weiß man auch, dass es einen politischen Anstrich hat, aber den muss man sich ja selbst nicht geben. Wer will, kann das Nachmittagsprogramm mitnehmen und wer nicht will, der muss auch nicht. Wir haben immer einen Schwerpunkt. Im ersten Jahr ging es uns darum, allgemein auf Rechtsextremismus aufmerksam zu machen; im zweiten Jahr um Alltagsrassismus und im dritten Jahr wollten wir alternative Jugendkultur aufzeigen. Da haben wir mit »culture on the road«³ zusammen gearbeitet. Das ist sehr gut angekommen. In diesem Jahr hatten wir Gewaltprävention als Thema.

Das Tolle ist, dass so viele Leute gemeinsam das Wochenende verbringen und dass man sieht, man ist nicht alleine. Wenn man aus einem kleinen Dorf 30 Kilometer von Lübben kommt, wo es nur Nazis im Jugendclub gibt, und man anders ist, ist es wichtig, dass man weiß, dass da draußen auch noch andere Leute sind. Das sehe ich mittlerweile als das Hauptanliegen des Festivals an.

Die Stadt und die Polizei sind erst aufgewacht, als es gegen das erste Festival eine große rechte Demo gab. Das sollte angeblich eine Spontandemo sein, die wohl doch nicht so spontan war, wie sich zeigte, als die Rechten plötzlich ein Transparent ausrollten. Das waren gut 30 oder 40 Leute. Abends haben sie Rauchbomben, so Brandkörper, die gestunken und gequalmt haben, von dem Hügel auf das Festival runter geworfen. Die Polizei meinte, wenn wir das nicht in den Griff kriegen, müsse die Veranstaltung abgebrochen werden, weil die Sicherheit des Publikums nicht gewährleistet werden könne. Damals kam dann das Sicherheitsabkommen mit der Polizei zustande. Das war hauptsächlich das Verdienst vom Forum.

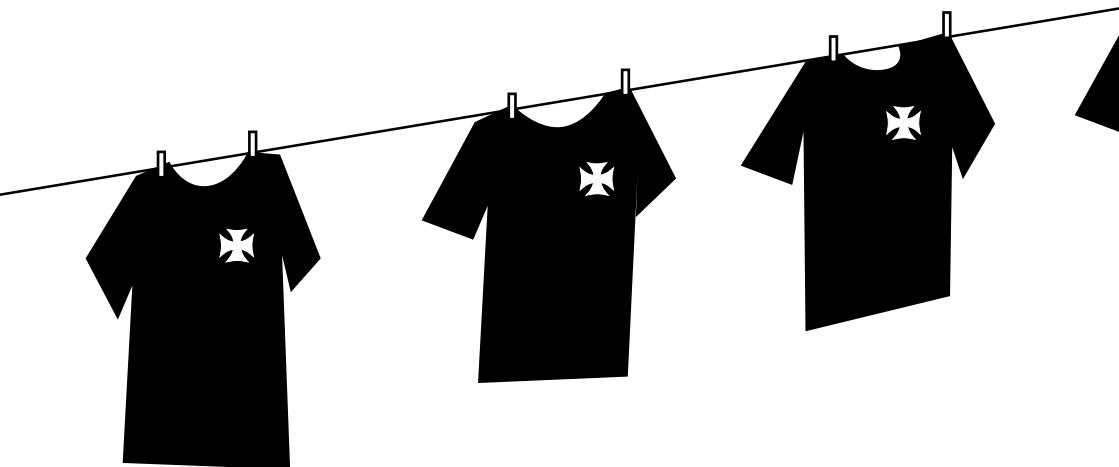
Eigentlich ist jedes Jahr etwas passiert, auch immer Körperverletzungen. Im zweiten Jahr wurden die Bühne, die Toiletten und so weiter schon am Donnerstag aufgebaut. Über Nacht war dann niemand auf dem Platz. Als wir am Morgen hingekommen sind, war alles zugepflastert mit Aufklebern: »Antifa zerschlagen, in Lübben und überall«. Wir haben hier gar keine Antifa, aber naja ... Auf der Bühne haben sie auch ein bisschen randaliert. Als das Festival lief, war die Präsenz der Nazis so massiv vor dem Eingang, dass sich Leute deswegen nicht hin getraut haben. Im letzten Jahr haben die Nazis Flyer gegen das Festival an die Haushalte verteilt. Die waren intelligent geschrieben, auf der Schiene, dass die Macher

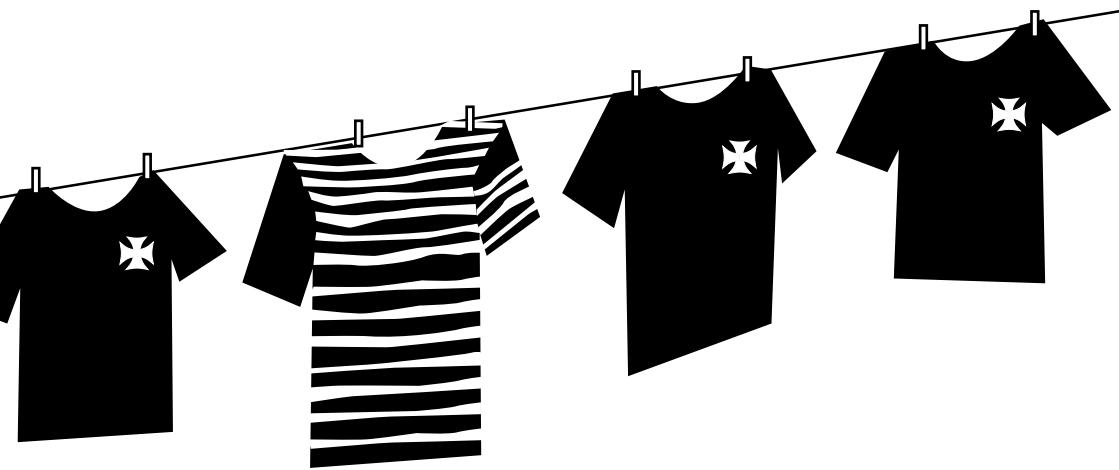
3 Projekt des Archivs der Jugendkulturen Berlin

des Festivals Drogen verkaufen würden: Jeder, der sein Kind dahin schickt, müsse wissen, dass das Kind dann Gefahr läuft, dort Drogen zu konsumieren. Das war heftig, weil es für jemanden, der keine Ahnung hatte, plausibel klang.

Dieses Jahr war es im Vorfeld ruhig. Wir haben im Grunde darauf gewartet, dass etwas passiert, ist aber nicht. Teilweise waren sie zwar vor den Toren präsent, aber nicht so stark, dass es irgend jemanden abgeschreckt hätte. An dem Wochenende ist das Polizeiaufgebot in der Stadt massiv.

So richtig wahrhaben will die Stadt das Problem immer noch nicht, obwohl sich schon etwas verändert hat. Die Stadt stellt uns zwar den Platz und der Bürgermeister ist der Schirmherr des Festivals. Aber die Stadt kann sich immer noch nicht dazu durchringen, explizit gegen rechte Gewalt Stellung zu beziehen. Linke Gewalt müsse unbedingt mit einbezogen werden, heißt es. Dabei gibt es hier überhaupt keine linke Gewalt.





“Es gibt in jeder Klasse einen Nazi. Dann kennt man den, und wenn der cool ist, wird man da so mit hineingezogen. Ich glaube, den meisten ist es scheißegal, ob rechts oder links. Die Leute wissen eben, wenn ich auf der Seite stehe, dann habe ich den Ärger, wenn ich auf der anderen stehe, nicht.”

“Einer, der ein asiatisches Aussehen hat, musste sich einiges anhören. Er wurde mal im Unterricht angeschrien: Geh' doch zurück ins KZ. Da hat er den Lehrer angeguckt, aber der meinte nur: Klärt das unter euch.”

“Da habe ich mich nicht mehr allein zur Schule getraut. Ich musste immer gebracht werden. Das war schon ein blödes Gefühl. Ich habe ja nur ein paar Meter weiter gewohnt.”

“Bei uns hat sich mal ein Schüler eine Armbinde gemacht, so wie sie es früher bei der Armee hatten. Da hat er ein Hakenkreuz drauf gemalt. Er ist dann damit in der Klasse herum stolziert und die Lehrerin hat nichts gesagt. Die Schüler haben dann etwas dagegen gesagt.”

“Die meisten Lehrer sind zwar eigentlich gegen Nazis, aber konkret in den Situationen in der Schule kneifen sie dann meistens und gucken weg. Ich glaube nicht, dass es Gleichgültigkeit ist, eher Angst, dass sie irgendwie in Verruf geraten könnten ... Ich weiß es nicht.”

Aus Gesprächen mit Jugendlichen in Lübben, Cottbus, Guben, Finsterwalde, Bad Freienwalde und Strausberg im Jahr 2006

"Es geht doch nur um demokratische Grundrechte!"

Die Projektgruppe Schule ohne Rassismus in Lübben

In der Nacht zum 17. Februar 2006 wurde in das Gymnasium in Lübben eingebrochen und stinkende Säure verspritzt. Ein hinterlassenes Flugblatt forderte zum Boykott der Aufführung des Theaterstücks »Hallo Nazi!« in der Aula auf. Die Schulleitung verlegte das Stück des Staatstheaters Cottbus, das sich kritisch mit Rechtsextremismus auseinandersetzt, in die Turnhalle. Nach der Aufführung baten die SchauspielerInnen rechte SchülerInnen um Wortmeldungen – vergeblich. Einer jedoch äußerte sich später. In einem anonymen Bericht auf einer rechten Internetseite machte ein Elftklässler aus seiner Sympathie für den Anschlag keinen Hehl. Für drei Schülerinnen war der Vorfall dagegen ein Anlass, sich zu engagieren. Ihr Ziel, sich als 25. Brandenburger Schule der Kampagne »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« anzuschließen, scheiterte. Es gab dafür nicht ausreichend Unterstützung bei SchülerInnen und LehrerInnen.

Es gab verschiedene Ereignisse an unserer Schule, die komisch waren. Das eine war der Buttersäureanschlag gegen das Theaterstück »Hallo Nazi!«, ein Stück vom Staatstheater. Irgendwelche Nazis haben in den Räumen Buttersäure verteilt und es hat übelst gestunken, noch Monate später. In einer Klasse hatte es einen Vorfall gegeben, bei dem eine Schülerin von Rechten angemacht worden ist. Ihre Freundin hat sich für sie eingesetzt und wurde dann von Nazis verfolgt und bedroht.

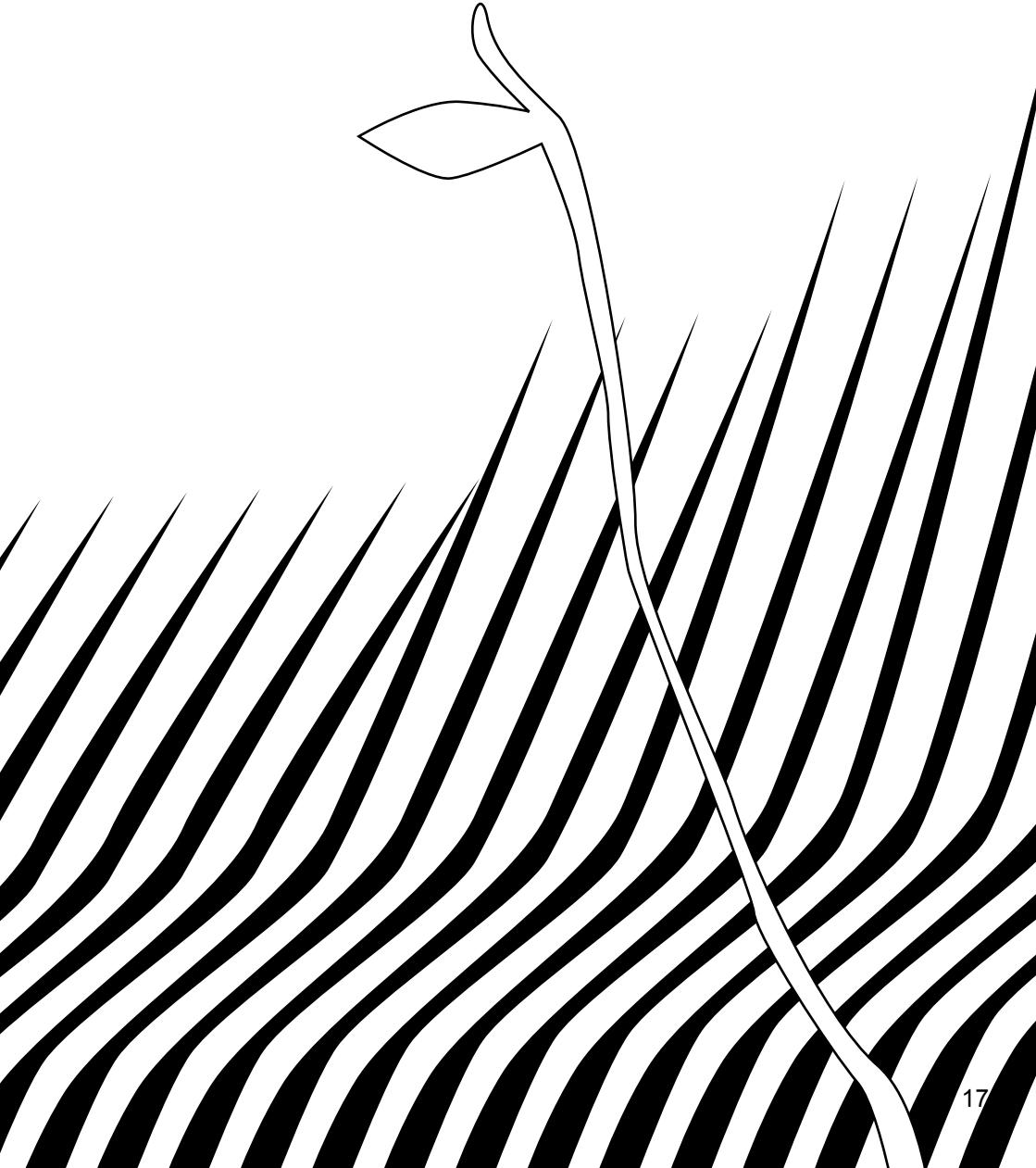
Wir haben dann im Internet »Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage« gefunden. Die Grundaussage ist, dass Rassismus und keine Art von Gewalt an der Schule toleriert werden. Um mitzumachen, muss man eine Unterschriftensammlung durchführen, ob die Schüler für das Projekt sind. Man muss 70 Prozent erreichen, dann bekommt man eine Plakette, die in der Schule aufgehängt werden kann. Jedes Jahr müssen Aktionen gemacht werden. Das können Theaterstücke sein oder alles mögliche. Jede Schule kann individuell überlegen, was sie machen möchte. Aber man muss zeigen, dass man wirklich dahinter steht. Wir sind damit zum Direktor gegangen. Wir haben gedacht, dass wir ihn erst überzeugen müssten. Er hat aber

gleich mitgemacht. In den siebten und achten Klassen sind wir in den Unterricht gegangen und haben eine Stunde darüber diskutiert. Für die anderen haben wir Informationsveranstaltungen in der Aula gemacht.

In der Pause saß dann immer jemand von uns in der Cafeteria mit den Listen. Am Ende hatten wir aber nur 64 Prozent. Warum? Viele hatten Angst. Sie müssen ja ihre Meinung mit der Unterschrift kund tun. Wir haben uns sogar dazu breit schlagen lassen, mit einem Zettel immer alle Unterschriften abzudecken, so dass die anonym bleiben. Ich würde auch sagen, dass viele nicht unterschrieben haben, weil sie dachten, dass das ein Projekt von den Linken sei. Als wir das mitbekommen haben, haben wir immer dazu gesagt, dass es nur um demokratische Grundrechte geht und dass wir gegen Gewalt sind, egal ob von links oder rechts.

Am meisten hat mich schockiert, dass manche Lehrer nicht unterschrieben haben. Wir hatten eigentlich mit allen Lehrern gerechnet, aber es war nur ungefähr die Hälfte. Es gab welche, die wirklich gesagt haben, dass sie nichts machen wollen. Manche dachten wohl, dass sie dann ihre Freizeit investieren müssten. Dabei haben wir als Projektgruppe klar gesagt, dass wir das alles übernehmen. Wir wollten nur Unterstützung, zum Beispiel, dass sie mal etwas im Unterricht dazu anbieten.

Es wäre schön gewesen, sagen zu können: Wir sind eine »Schule ohne Rassismus«. Naja, 64 Prozent ist auch nicht so wenig. Ich könnte mir vorstellen, dass wir es nächstes Jahr schaffen. Aber egal, ob es klappt oder nicht, wir machen trotzdem unsere Projektgruppe. Dadurch, dass wir das überhaupt gemacht haben, sind schon viele Leute offen für dieses Projekt geworden.



“Allein nachts nach Hause, das ist echt ein Problem. Entweder nimmt man sich ein Auto, oder man tut sich als Fünfer- oder Zehnergruppe zusammen. Aber wenn man allein irgendwo hin will, insbesondere in bestimmte Stadtteile, dann geht das nicht gut. Da muss man richtig Angst haben.”

“Ich wurde vor zwei Wochen von drei Nazis verprügelt. Ich kam mit einer Freundin aus der Sparkasse heraus. Wir waren ein bisschen radikaler angezogen, weil wir zu einem Konzert wollten. Sie fragten, wo wir hin wollen und dann hatte ich schnell eine Faust im Gesicht. Dann lag ich in einer Ecke und sie haben mit Fäusten und Füßen auf mich eingetreten.”

“Wenn man in der Stadt ist und es heißt, in der und der Ecke sind Nazis, dann wird der Bereich von uns weiträumig umgangen und umfahren, damit ja keiner in die Nähe kommt und etwas abbekommen könnte. Wir lassen uns eigentlich total von ihnen verdrängen. Das ist das Problem.”

“Wir wissen, dass wir schnell ins Visier von Nazis geraten. Man gewöhnt sich daran, nach einer bestimmten Uhrzeit, oder Tageszeit, nicht an bestimmte Plätze zu gehen oder wenigstens nicht mehr alleine unterwegs zu sein. Oder doch lieber zu Hause zu bleiben und einen Film zu gucken oder so. Das ist schon nicht so positiv.”

Aus Gesprächen mit Jugendlichen in Lübben, Cottbus, Guben, Finsterwalde, Bad Freienwalde und Strausberg im Jahr 2006

”Wir sind der Stadt ein Dorn im Auge“

Es geht auch anders e.V. in Finsterwalde

In Finsterwalde, einer Stadt mit 18.500 EinwohnerInnen im Landkreis Elbe-Elster, hat es sich das kommunale Ordnungsamt zur Aufgabe gemacht, die Lebensweise von Jugendlichen, vorwiegend aus der alternativen und linken Szene, zu kontrollieren. Die bizarren Praktiken beschäftigten 2006 sogar Landtag und Landesregierung. Auf eine Kleine Anfrage der Finsterwalder Landtagsabgeordneten Carolin Steinmetzer (Linkspartei) hin rügte Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) die Behörde. Der Auslöser: Das Ordnungsamt hatte im November 2005 am Janusz Korczak-Gymnasium mit Amtshilfe der Polizei eine Razzia durchgeführt und die Taschen von 450 SchülerInnen nach Zigaretten und Alkohol durchsucht; allerdings ohne Ergebnis.

Es fing damit an, dass Freunde, die sich aus der Schulzeit kannten und alle eine Wohnung suchten, sich zusammen taten. Hier haben wir billige Mietverträge gekriegt. Zu Spitzenzeiten waren hier zwölf Jugendliche, die alle links oder alternativ unterwegs waren. 2001 war dann der Überfall. Ich wohnte damals nicht in der WG, sondern im Nachbarhaus. Da hatte ich ein Plakat von der PDS im Fenster hängen. Die Nazis wollten eigentlich ins Haus, haben sich aber wegen des Plakats geirrt. Die sind statt dessen mit 20 Maskierten bei mir rein und haben alles auseinander genommen. Gleich einen oder eineinhalb Tage später gab es eine Spontandemo mit 200 Leuten und eine Woche später eine große mit dem DGB mit ungefähr tausend Teilnehmern.

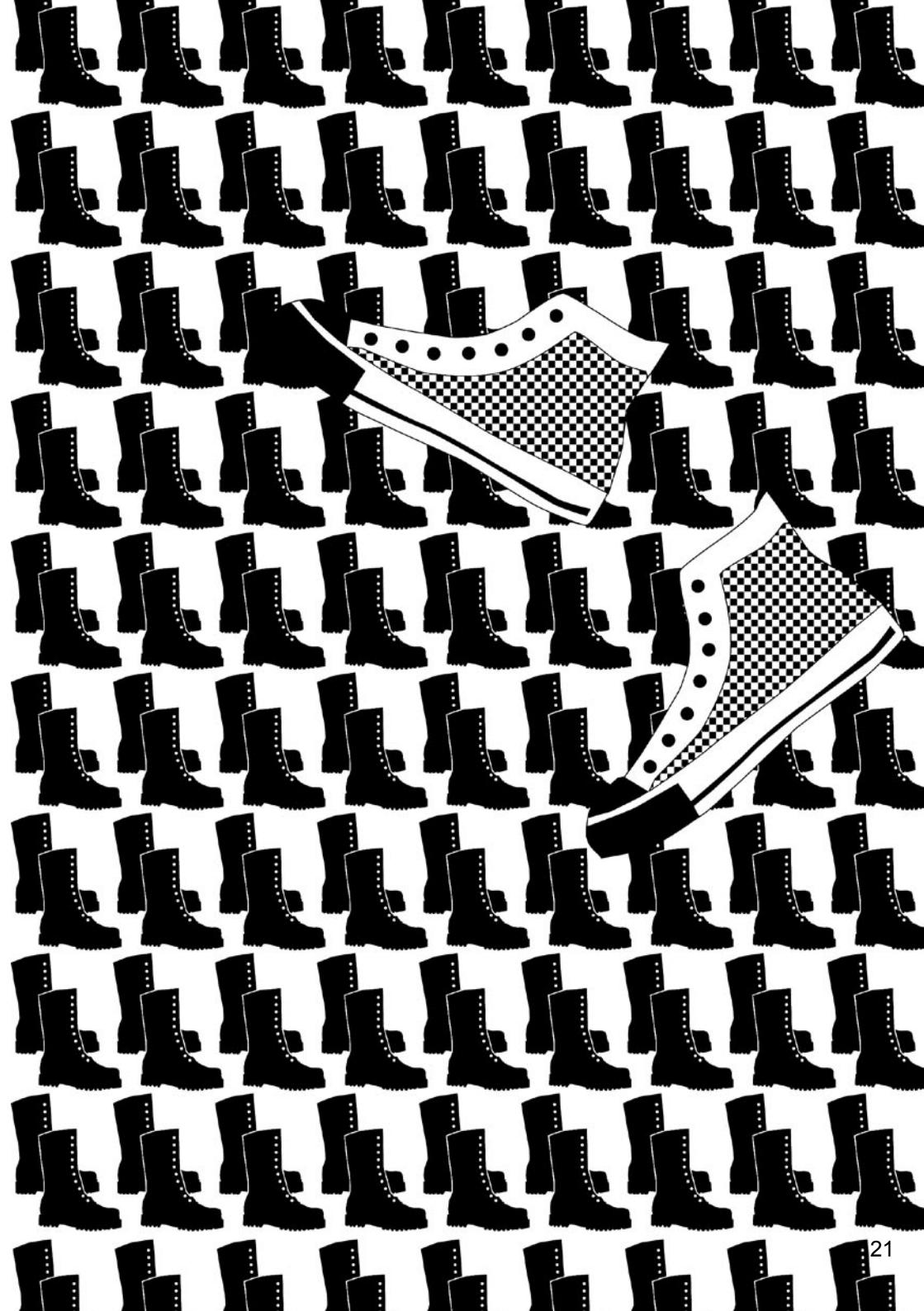
Im Anschluss ist dann das Bürgerbündnis für Toleranz und Menschlichkeit Finsterwalde entstanden. Das hat sich aber ziemlich schnell wieder verlaufen. Zu Spitzenzeiten waren das so 50 Leute. Da waren welche, die nur ihr Gewissen reinwaschen wollten, aber es waren auch ein paar fitte Leute, also Anwälte, PDS, SPD und so dabei. Das Ordnungsamt hat auch an den Treffen teilgenommen, wobei die das Bündnis eigentlich nur dazu genutzt haben, zu horchen, wie die Erwachsenen gegenüber den Jugendlichen eingestellt sind. Der Ordnungsamtsleiter ist dann auch kurz vor dem Ende raus geflogen. Es wurde fast einstimmig beschlossen, dass er doch bitte gehen möge, weil er alles nur kaputt mache.

Wir haben mit regelmäßigen Hoffesten angefangen, um unsere Subkultur zu präsentieren. Durch die rechten Vorfälle ist uns bewusst geworden, dass das sein muss. Wir haben uns bald eine Halle gesucht, wo wir auch Konzerte machen können. Das war eigentlich eine Ruine. Wir haben da einfach eine Bar eingezogen und eine Bühne. Damals fing der Ordnungsamtsleiter an, uns irgendwelche Auflagen zu erteilen, dass bestimmte Personen nicht rein dürfen, und so weiter ... Die hatten gehört, dass da immer laute Musik ist, und Hunde. Das war der Stadt ein Dorn im Auge.

Eigentlich wollten wir schon damals einen Verein gründen. Wir hatten eine große Versammlung, aber keiner hatte einen richtigen Plan, wie das funktioniert. 2003 lief das dann etwas organisierter. Der Auslöser war, dass die Stadt das ganze Objekt gekauft hat. Da haben wir Es geht auch anders e.V. gegründet. Danach hat uns die Stadt anerkannt. Aber dann meinten sie, dass das Haus weg müsse, und haben uns Ersatzobjekte angeboten, unter anderem das Haus in der Leipziger Straße.

Wir haben dann zwei Konzerte angemeldet, die wurden aber wieder mit den abenteuerlichsten Auflagen versehen: dass keine Leute unter 16 Jahren rein dürfen, dass wir nur Freunde und Bekannte des Vereins rein lassen dürfen, dass nichts ausgeschenkt werden dürfe ... Bei jedem Konzert mussten neue Ordner gestellt werden. Die Namen mussten immer vorher eingereicht werden, und die wurden dann beim nächsten Mal ohne Begründung abgelehnt. Nach dem ersten Konzert wurden wir gleich zu einem Auswertungsgespräch eingeladen, wie denn die Veranstaltung abgelaufen sei und so. Der Ordnungsamtsleiter kam dann gleich mit zwei Polizisten, weil in der Stadt an dem Wochenende Graffiti aufgetaucht waren. Das waren so Hip Hop-Graffiti. Am nächsten Tag stand in der Zeitung, dass der Verein dafür verantwortlich sei. Der Leiter vom Ordnungsamt hat uns Fotos von Leuten vorgelegt und gefragt, was wir am Wochenende gemacht hätten und für wen wir uns verbürgen könnten.

Vor drei Jahren hat sich dann die Antifa gegründet. Ich würde sagen, dass das für uns eine Erleichterung war. Ganz einfach, weil man gesehen hat, dass da noch eine andere Gruppe ist, die ungefähr die gleichen Ziele hat. 2004 war dann im August die Antifa-Demo. Da haben wir gesehen, dass wir etwas zusammen machen können. Es kamen danach auch Anrufe von Erwachsenen und Jugendlichen, die sich sonst eigentlich nicht als Linke bezeichnen würden.



“Wenn ich die anzeigen, dann hat es sich für mich hier erledigt. Die fahren hier mit ihrem Auto herum. Der eine kam noch ein paar Mal an uns vorbei und hat mir den Dicken gezeigt. Einmal hat er mich angepöbelt: Scheiß-Zecken, hätten wir mal richtig zugeschlagen.”

“Ich habe dann einen Sanitäter gebeten, auch die Polizei zu rufen. Wenn jemand direkt vom Rettungswagen anruft, dann glauben die das eher. Das ist jetzt meine persönliche Einschätzung.”

“Vor dem Gericht stand auch keine Polizei, da stand nur ein Haufen Nazis. Die haben uns angepöbelt und abfotografiert. Dann sind wir hoch, da standen auch Nazis. Das Problem ist ja, dass die Zeugen vor der Tür stehen müssen, mit den ganzen Nazis zusammen.”

“Da meinte selbst der Richter: Sehen Sie doch mal neben sich, da sitzen die Angeklagten, erkennen sie jemanden wieder? Und da meinte der: Nein, erkenne ich nicht, habe ich vergessen. Der Typ hatte damals das halbe Gesicht zerschlagen bekommen und hatte anschließend so eine Platte drin. Der wollte nichts mehr sagen. Alle Nazis sind letztendlich freigesprochen worden. Da hätte nur einer sagen müssen: Ja, der war’s.”

Aus Gesprächen mit Jugendlichen in Lübben, Cottbus, Guben, Finsterwalde und Strausberg im Jahr 2006

”Wir treten den Verantwortlichen auf den Schlips“

Das selbstverwaltete Jugendzentrum Horte in Strausberg

Das Horte liegt in Strausberg, einer Stadt mit 26.100 EinwohnerInnen im Landkreis Märkisch Oderland östlich von Berlin. In dem Haus betreiben die Jugendlichen ein Café, Band-Proberäume und Werkstätten sowie eine Anlaufstelle für Opfer rechter Gewalt; auch eine Wohngemeinschaft lebt dort. Das Projekt besteht in dieser Form seit 1995, die Geschichte reicht aber bis in das Jahr 1991 zurück, als linke Jugendliche die »Villa Eckstein« besetzten. Jahrelange Auseinandersetzungen zwischen den BesetzerInnen, die selbstverwaltete Räume forderten, und der Stadtverwaltung folgten. Inzwischen ist das Horte in der Gemeinde fest verankert und die alternative Jugendszene mit zwei Stadtverordneten im Kommunalparlament vertreten. Mehrmals war das Haus Ziel von rechten Angriffen. Zwei Mal drangen Mitglieder der inzwischen verbotenen Kameradschaft ANSDAPO in das Café ein und versuchten, Gäste anzugreifen.

Wir sind ein Soziales Zentrum, zu uns kann einfach jeder kommen, der keine rassistische und keine Neonazi-Ideologie vertritt. Opfer rechter Gewalt werden bei uns beraten, Asylbewerber auch. Es gibt Veranstaltungen und Konzerte. Mit dem Horte gibt es in Strausberg einen Ort, an dem sich Jugendliche treffen und austauschen können. Sie können sich hier einfach unterhalten, auch über politische Sachen, und Gemeinsamkeiten herausfinden. Wir sind offen für neue Leute und freuen uns, wenn noch mehr dazu kommen. Es ist wichtig, diesen Ort in Strausberg zu haben, um sich zu treffen, um Aktionen zu planen, um eine Festung gegen Nazis zu sein. Wir zeigen denen: Wir sind hier, und ihr seid Idioten! Ihr lebt am Rande der Gesellschaft, ihr seid hier einfach nicht willkommen.

Wir sind damals über Freunde hierher gekommen. Man konnte unten im Café abhängen und töpfern. Dann lerntest du immer mehr Leute kennen und bekamst mit, wann was los ist. Ich habe damals in einem kleinen Ort in der Nähe gewohnt. Wir haben überlegt, was man gegen die Nazis machen kann, weil wir ab und zu mal Opfer waren. Ein Kumpel und ich waren dann

immer mal wieder in Strausberg und kannten Leute, die hier im Café waren. Wir haben dann Spuckis gedruckt und die verklebt. Wir haben angefangen, den Nazis Widerstand entgegen zu setzen, damit die nicht machen können, was sie wollen. Zum Teil wurden wir selbst Opfer von rechter Gewalt und hatten auch mal Ärger mit der Polizei. Wir haben hier Rat gesucht, speziell auch mit der Opferperspektive und der Roten Hilfe geredet. So haben wir die Leute hier besser kennen gelernt. Und dann haben wir gedacht: Man hat jetzt Rat gefunden, warum dann nicht selbst mitarbeiten und anderen Leuten helfen, wenn die Probleme mit Gewalt oder mit der Polizei haben? Wir sind dann so rein gerutscht und haben angefangen, immer weiter mit zu organisieren.

Wie unser Einfluss in der Stadt ist, ist schwer zu sagen. Wir kriegen positives und negatives Feedback. Ich glaube, vor allem die Möglichkeiten, die hier für junge Leute geschaffen wurden, sind in der Stadt gut angesehen: Die Werkstätten, der Proberaum, die Fahrradwerkstatt, Siebdruck und all das. Das schafft mehr Ansehen als das politische Engagement. Aber wenn wir ein Thema wichtig finden, machen wir Aktionen in der Stadt. Zum Beispiel versuchen wir immer wieder, darauf aufmerksam zu machen, dass das Asylbewerberheim endlich aus Waldsieversdorf¹ nach Strausberg kommt. Wir treten den Verantwortlichen auf den Schlipps und bringen das in die Presse. Als hier der Denkzettel vom Flüchtlingsrat² verteilt wurde, haben wir Straßentheater gespielt. Wir haben auch Aufkleber mit »Lieber ein Leben in Strausberg als isoliert in Waldsieversdorf« geklebt. Ein Aufkleber landete auf einer Scheibe. Es rief dann jemand hier an und meinte, wir sollten das wegmachen. Das haben wir mit einer Putzaktion in der Stadt verbunden und Handzettel ausgeteilt, auf denen stand, warum denn immer dieser Sauberkeits- und Ordnungsdrang wichtiger ist, als das Befinden unserer Mitbürger in Waldsieversdorf. Wir haben auch die AJL, die Alternative Jugendliste. Das ist keine Partei, das ist eher so stadtbezogen. Im Stadtparlament hat die AJL zwei Sitze und über die werden die Themen eingebracht. In der Stadtverwaltung können wir dadurch auch ein bisschen was sagen. Also, in der Öffentlichkeit sind wir präsent!

Klar gibt es immer auch Neonazis hier, aber das sind Außenseiter und wir haben die eigentlich gut im Griff. In Hegermühle war ein großes Hakenkreuz gesprüht, daneben »Juden raus«. Aber das, was von den Nazis kommt, machen wir öffentlich, und wir kennen unsere Pappenheimer. Im Februar kam die Forderung nach einem »nationalen Jugendzentrum« auf, auch in Form von Graffiti. Dann gibt es Leute, die das ganz schnell wieder weg machen, damit die Forderungen der Nazis nicht so einfach in die Öffentlichkeit kommen.

1 Das Asylbewerberheim Waldsieversdorf liegt auf einem verlassenen Industriegelände in einem Wald. Mit Unterstützung des Flüchtlingsrats kämpften die Asylsuchenden mehrere Jahre für einen Umzug nach Strausberg.

2 Im Jahr 2006 verlieh der Flüchtlingsrat in Strausberg den Negativpreis »Denkzettel« an die Kreisverwaltung Märkisch Oderland, weil diese den Umzug des Asylbewerberheims aus Waldsieversdorf verschleppte.

Gegen den Strom

Obwohl die Berichte der einzelnen InterviewpartnerInnen sich stark unterscheiden, lassen sich einige Linien benennen, die charakteristisch für Erfahrungen alternativer Jugendlicher und junger Erwachsener in Brandenburg sind. Viele unserer GesprächspartnerInnen waren bereits selbst von rechter Gewalt betroffen oder berichten von Vorfällen in ihrem Umfeld. Die meisten der rechts motivierten Übergriffe, die die Opferperspektive im Jahr 2006 zählte, galten Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen, die sich von der rechten Szene abgrenzen¹. Die Angriffe, die die Jugendlichen schildern, richten sich gezielt gegen bestimmte Gruppen oder Szenen. Aufgrund ihrer Kleidung oder dem Besuch alternativer Veranstaltungen werden die Betroffenen von rechten TäterInnen als vermeintlich Linke und damit als politische Gegner identifiziert. Die Mehrzahl der Angriffe sind nicht geplant, sondern werden spontan ausgeführt. Dennoch sind sie nicht ziellos, sie folgen einer Logik. Bestimmten Gruppen wird signalisiert: Ihr seid hier nicht erwünscht.

Jugendliche, die sich erkennbar von der rechten Szene abgrenzen, leben in dem Bewusstsein, dass sie zum Angriffsziel der Rechten werden können. Viele, die bereits selbst rechte Gewalt erlitten haben, aber auch potenziell Betroffene entwickeln präventive Strategien. Sie ziehen sich zurück, nehmen an gesellschaftlichen Ereignissen wie Stadtfesten nicht mehr teil, gehen Umwege, um bestimmte Straßen oder Stadtviertel zu meiden, oder gehen nachts nicht mehr allein aus dem Haus. Die einschüchternde Wirkung der Rechten zeigt sich auch daran, dass Betroffene aus Angst vor erneuten Angriffen viele Vorfälle nicht anzeigen. Wird ein Vorfall vor Gericht verhandelt, kann die Präsenz der rechten TäterInnen dazu führen, dass ZeugInnen keine belastenden Aussagen machen.

Das Konzept der so genannten „National befreiten Zonen“² wurde von rechtsextremen Ideologen entwickelt und beschreibt das Bestreben der Rechten, Hegemonie über gesellschaftliche Räume zu erlangen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden verschiedene Strategien angewendet: Auf der einen Seite wird an mehrheitsfähige Denkformen und Werte angeknüpft. Man zeigt sich als ordentlicheR und hilfsbereiteR NachbarIn, integriert sich

1 Insgesamt zählte die Opferperspektive für das Jahr 2006 139 rechts motivierte Gewalttaten. In 50 Fällen war Rassismus die Tatsache. Ca. 70 Angriffe richteten sich gegen politisch Aktive und alternative Jugendliche.

2 Schafft befreite Zonen! In: Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie & Strategie. Hrsg. vom Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB), Nr. 2, Juni 1991

harmlos in den Sportverein und greift in Flugblättern die vermeintlichen Sorgen der Bürger auf. Auf der anderen Seite wird systematisch Gewalt angewendet um politische GegnerInnen einzuschüchtern und Gruppen, die nicht in die rechte Ideologie gehören, zu vertreiben.

Zwar kommen viele GewalttäterInnen nicht aus organisierten rechtsextremen Zusammenhängen und beziehen sich nicht bewusst auf diese Strategie. Hat die Gewalt jedoch zur Folge, dass Andersdenkende eingeschüchtert und aus dem öffentlichen Raum zurückgedrängt werden, ist dies für die Rechten ein Erfolg im Kampf um Hegemonie, um die Definition von Werten und die Macht über Räume.

Als Effekt können für die potenziell Betroffenen Angsträume entstehen, Orte die als gefährlich wahrgenommen und gemieden werden. Die Entstehung von Angsträumen beruht auf realen Erfahrungen potenziell Betroffener sowie subjektiven Wahrnehmungen. Sie spiegeln sich häufig nicht in der Polizeistatistik wider. Ob Angriffe dazu führen, dass Angsträume entstehen, welche Wirkung sie auf die Betroffenen und das gesellschaftliche Klima haben, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Die Reaktionen des direkten Umfeldes und der gesellschaftlichen Öffentlichkeit sind dafür entscheidend.

Aus vielen der in dieser Broschüre dokumentierten Äußerungen, Schilderungen von Begebenheiten und Situationen wird deutlich, dass Teile der rechten Ideologie zum Alltag der Jugendlichen gehören. Rassistische, nationalistische, antisemitische, sozialdarwinistische oder autoritäre Denkweisen finden sich nicht nur in den Reihen der organisierten und gewaltbereiten rechten Szene, sondern prägen eine Stimmung, die über die jugendliche Subkultur hinaus geht. Sie sind oft unhinterfragter und unwidersprochener Bestandteil der Alltagskultur. Alternative Lebensweisen und Jugendkulturen werden im ländlichen Raum und in Kleinstädten von vielen kritisch beäugt und als problematisches Verhalten wahrgenommen. Die organisierte Rechte kann hier leicht anknüpfen und ihre Wertesysteme propagieren. Die Wahrnehmung weiter Teile der Bevölkerung, was als »normal« empfunden wird, wo die vermeintlich »neutrale Mitte« verortet wird, verschiebt sich nach rechts.

In einigen Brandenburger Städten haben sich seit Ende der 1990er Jahre kommunale Bündnisse gegründet, mit dem Ziel, rechter Gewalt und rechten Organisierungsprozessen entgegenzutreten. Eine Vielzahl von politischen AkteurlInnen bezieht öffentlich Position, wenn es um die Verhinderung rechter Aufmärsche geht. So wird z.B. gegen das jährlich stattfindende rechte »Heldengedenken« in Halbe aufwendig mobilisiert. Rechte Übergriffe, die eine mediale Aufmerksamkeit erfahren, werden von vielen KommunalpolitikerInnen und anderen lokalen AkteurlInnen verurteilt, den Opfern wird Solidarität bekundet und

konkrete Unterstützung angeboten. Es entsteht der Eindruck, dass rechte Gewalt nicht mehr verharmlost, sondern moralisch verurteilt und mit aller Schärfe strafrechtlich verfolgt wird. Für Angriffe gegen alternative Jugendliche trifft dies allerdings oft nicht zu. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Ein Grund ist, dass Medien eher über rassistisch motivierte Angriffe berichten, nicht jedoch über solche gegen alternative Jugendliche. Oft nehmen Jugendliche auf Seiten der Erwachsenen in ihrem direkten Umfeld sowie in der politischen Öffentlichkeit wenig Sensibilität für das Thema wahr. Die Problemsicht der Jugendlichen, die selbst zu einer potenziellen Opfergruppe gehören, weicht meist erheblich von der Einschätzung der Erwachsenen ab, die von vielen Vorfällen gar nichts erfahren, auch weil Jugendliche vor einer Anzeige zurückschrecken.

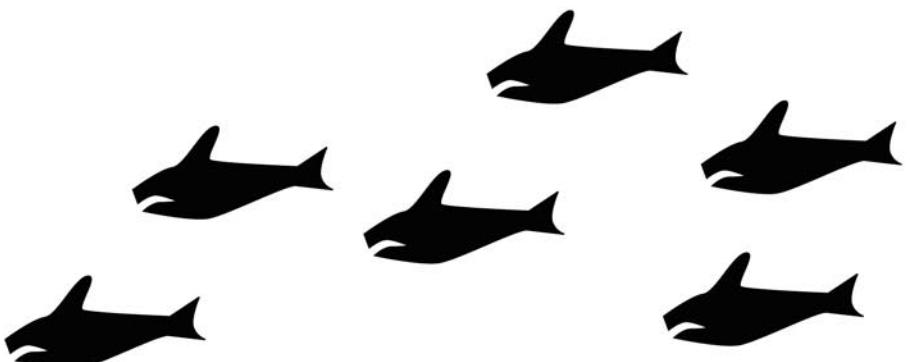
Unsere GesprächspartnerInnen schildern unterschiedliche Reaktionsmöglichkeiten, wenn Vorfälle bekannt gemacht werden. Viele machen die Erfahrung, dass rechte Übergriffe bagatellisiert oder als normale Auseinandersetzungen zwischen Jugendgruppen verhandelt werden. Auch werden die Opfer indirekt selbst verantwortlich gemacht. Der spezifische Charakter rechter Gewalt, Menschen allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe anzugreifen, wird negiert. Vermutlich in der Intention, sie vor weiteren Angriffen zu schützen, wird alternativen Jugendlichen z.B. von Eltern oder LehrerInnen geraten, sich vorsichtiger zu verhalten. Aufnäher auf der Kleidung oder verbale Äußerungen, die die politische Haltung und Opposition zu den Rechten zum Ausdruck bringen, werden als leichtsinnige Provokationen angesehen.

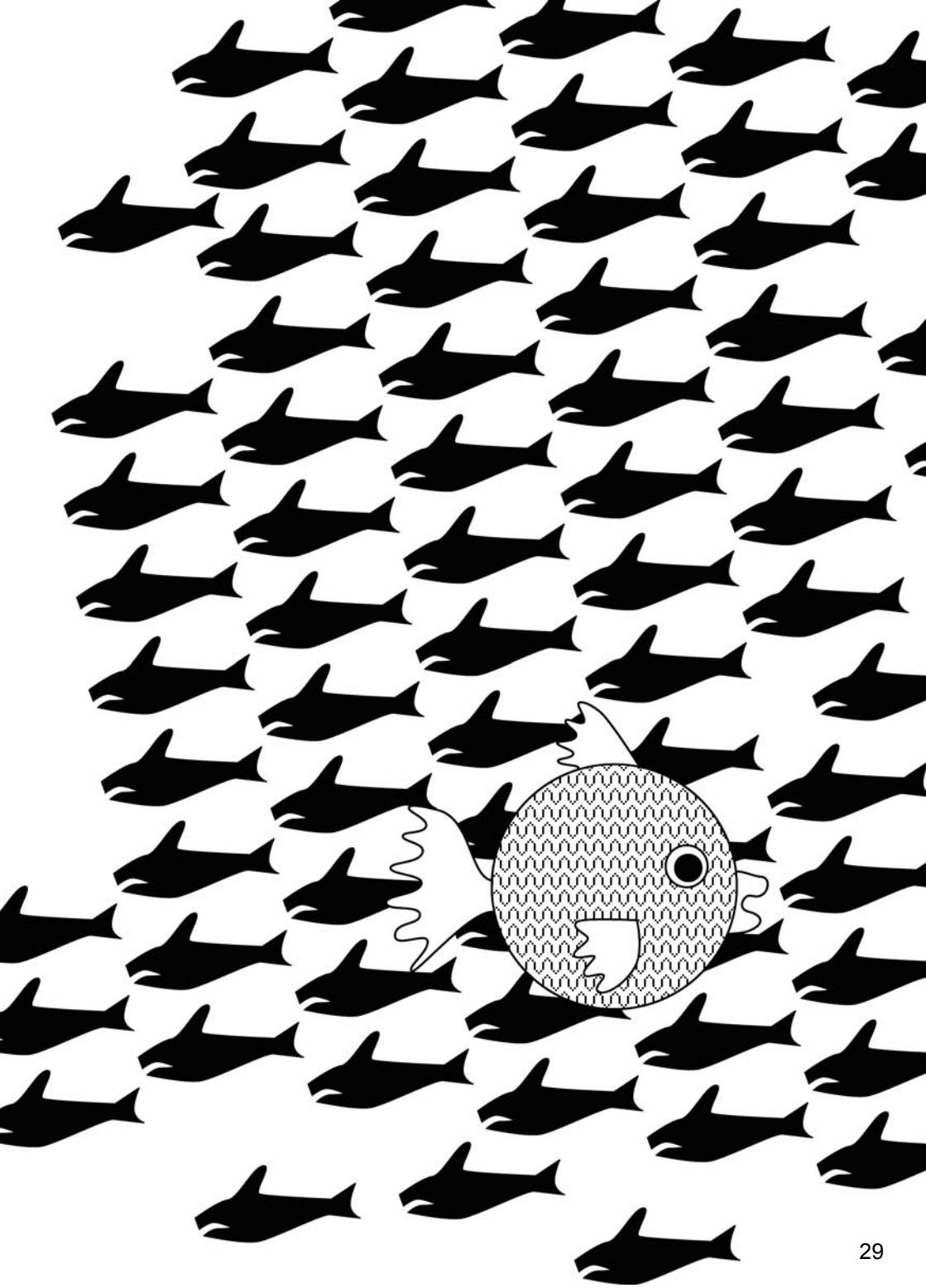
Die beschriebenen Muster verhindern eine eindeutige Stellungnahme gegen rechte Gewalt und die Solidarisierung mit den Betroffenen. Dadurch wird der Einfluss der Rechten auf Werte und die Definition, welches Verhalten als Provokation gilt, ungewollt unterstützt. Statt dessen ist es aus unserer Sicht wichtig, die Jugendlichen in ihrer bewussten Opposition zur rechten Szene zu fördern und zu unterstützen und ihre Zivilcourage zu würdigen. Unsere GesprächspartnerInnen berichteten in diesem Zusammenhang auch von positiven Erfahrungen. Wenn in einer Stadt ein breites Bündnis von Stadtverwaltung über Gewerkschaften bis zum Alternativen Jugendzentrum eine gemeinsamen Demonstration gegen rechte Gewalt organisiert, wenn sich ein Lehrer positioniert, statt wegzugucken, wird dies als unterstützend wahrgenommen. Statt einem Klima der Angst öffnen sich dadurch Handlungsräume.

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in dieser Broschüre zu Wort kommen, sehen einen Zusammenhang zwischen der Gewaltanwendung und den Einschüchterungsstrategien

der Rechten auf der einen und einer schwachen oder fehlenden alternativen Jugendkultur auf der anderen Seite. Statt sich aus Angst zurückzuziehen, versuchen sie und viele andere Jugendliche in Brandenburg, trotz drastischer Mittelkürzungen in der Jugendarbeit, mit Kreativität und Zähigkeit eine alternative Kultur zu gestalten. Die Zugänge und Formen sind dabei vielfältig. Sei es die Gründung eines Alternativen Jugendzentrums, ein Festival, eine Demonstration, ein Schulprojekt, die Beteiligung im Stadtparlament oder die Gründung einer Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt: Den Aktivitäten und Projekten ist das Bedürfnis gemeinsam, sich öffentlich gegen rechts zu positionieren, gestaltend in die gesellschaftlichen Verhältnisse einzugreifen und eine alternative Kultur zu leben.

Alternative Räume und Angebote für nicht-rechte Jugendliche sind eine notwendige und wichtige Strategie gegen eine rechte Hegemonie. Dennoch schilderten viele Jugendliche den Eindruck, dass ihre Projekte von Erwachsenen mit viel Skepsis aufgenommen werden. Statt Unterstützung erfahren sie oft, dass ihnen Steine in den Weg gelegt werden. Das selbstbewusste Auftreten der jungen Menschen und ihre Aktivitäten für alternative Kultur und Lebensformen wird von Eltern, LehrerInnen oder anderen lokalen AkteurInnen in den Kommunen manchmal als jugendliche Phase bagatellisiert. Selten wird das politisch ambitionierte Handeln als solches wahrgenommen. In einigen Orten jedoch konnten sich alternative Projekte fest verankern. Aus unserer Sicht haben sie einen wichtigen Einfluss auf das Klima in einer Kommune. Alternative Jugendliche sehen sich in einer weniger isolierten und an den Rand gedrängten Position. Zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren in verschiedenen Positionen und Altersgruppen findet ein lebhafter Austausch über die Wahrnehmung der Situation und demokratische Werte statt. Dieser bietet die Basis für ein gemeinsames Auftreten gegen rechts, wie es von den Jugendlichen als wichtig erlebt und eingefordert wird.







Opferperspektive e.V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: +49 331 8170000
Telefax: +49 331 8170001
info@opferperspektive.de
www.opferperspektive.de